

Bezahlte Elternzeit könnte sich wegen Finanzierung verzögern

Der Landtag will alle Familienleistungen über die FAK abwickeln. Das könnte für Verzögerungen sorgen.

Daniela Fritz

«Alle sind ein bisschen unzufrieden. Das zeigt mir, dass es eigentlich ein guter Kompromiss ist», fasste Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni gestern die Rückmeldungen auf die Einführung einer bezahlten Elternzeit und Vaterschaftszeit zusammen.

Die wesentlichsten Eckpunkte der Vorlage blieben dabei im Wesentlichen unangetastet: Väter und Mütter sollen Anspruch auf eine viermonatige Elternzeit haben, wovon zwei Monate bezahlt sind. Auch der zweiwöchige bezahlte Vaterschaftsurlaub stand grundsätzlich ausser Frage, ebenso wie die Einführung eines Arbeitnehmerbeitrags an die Familienausgleichskasse (FAK).

Verschiedene Interessen müssen unter einen Hut

Wie schwierig dieser Kompromiss angesichts der teils gegensätzlich Interessen zu finden war, zeigt auch die Landtagsdebatte. Obwohl man sich in der Stossrichtung einig war, gab es unterschiedlichste Wünsche, was die Regierung auf die zweite Lesung noch aufnehmen sollte. So regte etwa die Freie Liste an, die Vergütung auf alle vier Monate auszuweiten – bei gleichen monatlichen Beträgen. Dieses Vorhaben dürfte es jedoch schwer haben.

Auch der Wunsch nach einer bezahlten Stillzeit kam von einigen Politikerinnen auf. Franziska Hoop (FBP) wünscht



Fast sechs Stunden diskutierte der Landtag, mit vielen Nebenschauplätzen.

Bild: Nils Vollmar

sich, dass auch nach einer Totgeburt Anspruch auf eine Vaterschaftszeit besteht. «Ich möchte die Vorlage auf keinen Fall gefährden oder zu viele Abstriche machen. Deshalb ist es schwierig, weitere Forderungen einzubringen», befürchtete Dagmar Bühler-Nigsch (VU). Doch auch sie könnte sich eine bezahlte Stillzeit oder die Verlängerung der bezahlten Elternzeit auf vier Monate vorstellen – allerdings nur bei halber Vergütung.

Rückwirkung als grosse Unbekannte

Die über fünfstündige Debatte zog sich denn auch wegen vieler Detailfragen in die Länge. Ein Knackpunkt ist beispielsweise, dass die Elternzeit auch rückwirkend gilt. Dies ist EWR-rechtlich nicht anders möglich,

könnte aber zu einer Herausforderung werden, wenn viele gleichzeitig in Elternzeit wollen. Immerhin seien 98 Prozent der liechtensteinischen Firmen Kleinst- und Kleinunternehmen mit wenig Mitarbeitenden. «Das kann schnell existenzbedrohende Gefahr annehmen, auch für grosse Unternehmen», gab Sascha Quaderer (FBP) zu bedenken. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni ist sich des Problems bewusst: «Wir müssen da kreativ mit dem Inkrafttreten werden, damit wir der Wirtschaft eine gewisse Planungssicherheit geben können.» Monauni verwies aber auch darauf, dass Arbeitgeber die Elternzeit bei einer gravierenden Störung des Betriebs verweigern können. Sie könnten bei mehreren Ansuchen

beispielsweise die Elternzeit für ihre Mitarbeiter staffeln.

Einheitliche Finanzierung über FAK gewünscht

Der wohl bedeutsamste «Nebenschauplatz» war die Finanzierung der Mutter- und der Vaterschaftszeit, die laut dem Vorschlag der Regierung über die Krankenkassen abgewickelt werden sollen. Für die Unternehmen bedeutet das im Falle einer Elternschaft unter ihren Mitarbeitern deutlich höhere Taggeldprämien. Ein Thema, das schon seit Jahren für Verstimmung und auch in der Vernehmlassung für Kritik von vielen Seiten sorgte – umso verwunderter zeigten sich manche Abgeordnete, dass die Regierung diesem Wunsch mit der Begründung, man wolle die Vorlage nicht überfrachten,

nicht nachgekommen ist. «Das lasse ich nicht gelten. Ich fordere die Regierung auf, dies auf die zweite Lesung abzuklären», betonte Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz. «Es ist unabdingbar, die geschlechtsspezifischen Kostenunterschiede für Unternehmen zu beseitigen», fand auch Manuela Haldner-Schierscher (FL). «Höhere Kosten sind derzeit das Letzte, was Unternehmen brauchen können», schloss sich Sascha Quaderer (FBP) an.

Kurzzeitig stand auch die Frage im Raum, ob man die Vorlage nicht zurück an die Regierung überweisen solle. «Machen wir bitte diese Ehrenrunde und verbessern die Vorlage. Wir sollten keinen systematischen Fehler machen», warnte Thomas Rehak (DpL) vor der Abwicklung über die Krankenversicherung. Monauni versprach aber, dass die Regierung dies auf die zweite Lesung abklären werde. Das könnte allerdings die Umsetzung der bezahlten Elternzeit zeitlich verzögern. «Ich kann Ihnen nicht garantieren, dass wir das in dieser Legislatur schaffen. Aber einen Versuch ist es wert, das mit den Wirtschaftsverbänden nochmals aufzugreifen», so Monauni. Die Regierung wird nicht nochmals eine Vernehmlassung starten, sondern auf die «kurzen Wege» setzen. Es ist nicht der einzige Punkt, den es bis zur zweiten Runde im Landtag zu klären gilt, zahlreiche Detailfragen dominierten die Debatte.

Familien könnten bald mehr Geld erhalten

Seit 2007 blieben die Familienzulagen auf demselben Niveau. Die FBP will diese nun mittels parlamentarischer Initiative um rund neun Prozent anheben und so über 6000 Familien entlasten. «Das wäre nur konsequent, die AHV wurde im selben Zeitraum bereits zwei Mal an die Teuerung angepasst», so Bettina Petzold-Mähr (FBP). 24 Abgeordnete stimmten für Eintreten, mit Ausnahme von Günter Vogt (VU). Während die Abgeordneten sich in der Sache einig waren, sorgte die Finanzierung für Diskussionen. Die Erhöhung der Familienzulagen würde rund 6,6 Millionen Franken jährlich kosten, was für die FAK grundsätzlich zu stemmen wäre. Nachdem der Landtag allerdings auch die Mutterschaftszeit und die Vaterschaftszeit über die FAK abwickeln will, wird sich dies zusätzlich auf die Reserven der Kasse auswirken. In welcher Höhe, ist gegenwärtig noch unklar. Die FBP will dazu noch Ausführungen machen. Der Abgeordnete Sebastian Gassner argumentierte jedoch: «Die eingezahlten Beiträge sind ja mit der Teuerung gestiegen, nur die Leistungen wurden nicht angepasst.» Der Zeitpunkt der Initiative sorgte dennoch für parteipolitisches Geplänkel zwischen «Rot» und «Schwarz». Auf der VU-Seite wunderte man sich, dass die FBP nicht zuerst abwartet, bis die Finanzierung der Vaterschafts- und Mutterschaftszeit geklärt ist. «Die Erhöhung steht nicht in Konkurrenz zu anderen Leistungen», entgegnete Petzold-Mähr. Auch der FL-Abgeordnete Patrick Risch warnte davor, die beiden Vorlagen gegeneinander auszuspielen. (df)